

Protokoll über die 7. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit

**Ort:** Potsdam / MBSJ  
**Tag:** 06.06.2016  
**Beginn:** 14:00 Uhr  
**Ende:** 17:10 Uhr

**Anwesende:**

stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Koß, MdL  
Frau Jordan-Nimsch, MdL  
Frau Dannenberg, MdL  
Frau Große, MdL  
Herr Gall  
Frau von Halem, MdL  
Herr Mones  
Herr Thiele  
Frau Ebell  
Herr Sprinzl  
Frau Lohmann-Nentwich  
Herr Lautenbach  
Frau Matthesius  
Herr Scharf  
Frau Radig  
Herr Tölke  
Frau Petereit  
Herr Kostrewa  
Frau Schlüter  
Frau Uhlworm  
Frau Oltmanns  
Herr Dr. Ossege

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Engeln  
Frau Miltz  
Frau Kocaj

entschuldigt:

Herr Günther, MdL  
Herr Hofmann  
Frau Augustin  
Frau Netzel  
Herr Scharf  
Herr Bognitz  
Herr Decker  
Herr Milke  
Frau Beika

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Hilliger  
Herr Preuß  
Frau Stobbe  
Herr Liesegang  
Herr Friedel  
Frau Wlodarczyk  
Herr Grave

Gäste:

Frau Schubert (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)  
Frau Schiefelbein (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)  
Herr Isermeyer (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)  
Frau Lersch (SFBB)  
Frau Behling (MBSJ)

Protokollführung:

Herr Grave

**TOP 0: Begrüßung und Informationen**

Herr Mones begrüßt die Anwesenden. Folgend gratuliert er Frau Schiefelbein zur Wahl als neue Vorsitzende des Unterausschusses Kindertagesbetreuung.

## **TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung**

Herr Mones stellt zunächst die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest (18 stimmberechtigte Mitglieder).

Herr Mones weist die Anwesenden auf einen Aufzählungsfehler in der Einladung hin. In dieser wurden die TOP 6 und 7 zweimal gesetzt. Die Geschäftsstelle bittet dies zu entschuldigen.

Unter TOP 6 wird ein neuer Unterpunkt, betreffend einen Antrag von mehreren Mitgliedern des LKJA zur Weiterführung des Projektes KitaZOOM, aufgenommen. Die Tagesordnung wird in der geänderten Form einstimmig beschlossen.

## **TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 29.02.2016**

Betreffend die Anwesenheit in der Sitzung am 29.02.2016, bemerkt Frau Oltmanns, dass sie sich im Vorfeld entschuldigt hatte. Frau Petereit erklärt, dass sie an der Sitzung teilgenommen hat. Beide Anmerkungen werden nunmehr im Protokoll vermerkt.

Ansonsten wird das Protokoll in der am 09.05.2016 versendeten Form einstimmig genehmigt.

## **TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen**

### 3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Ebell berichtet, dass der Unterausschuss (UA) am 04.04.2016 sowie am 20.05.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

#### ➤ 04.04.2016:

- Richtlinie Freiwilligendienste im Kontext der Benehmensherstellung
- Verfahren zur Bearbeitung von durch den UA gesetzten Themen (u.a. Expertenworkshop zum Thema UMF)
- grenzüberschreitende Mobilität

#### ➤ 20.05.2016:

- Richtlinie „Türöffner – Zukunft Beruf“
- Empfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Organisation und Gestaltung von Sozialarbeit an Schulen / Schulsozialarbeit

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

### 3.2 Kindertagesbetreuung

Frau Schiefelbein berichtet, dass der Unterausschuss am 22.04.2016 sowie am 03.06.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

➤ 22.04.2016

- Aufgabenprofil Kita-Leitung (Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe): Für die nächste Sitzung wird zu diesem Thema ein Arbeitspapier zur Verabschiedung als Empfehlung entwickelt

➤ 03.06.2016

- Wahl eines vorsitzenden Mitglieds: gewählt wurde Frau Schiefelbein (Arbeiterwohlfahrt)
- aktueller Erarbeitungsstand Kita-MBAV
- Beratung und Votum zur Fortführung des Projektes KitaZOOM
- Fortbildungsplanung des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) für das Jahr 2016

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

### 3.3 Hilfen zur Erziehung

- Frau Matthesius berichtet, dass der Unterausschuss am 29.04.2016 getagt hat.
- Folgende Themen wurden besprochen:
- Fortbildungsplanung des SFBB für das Jahr 2016 (im Besonderen zu UMF): Gast: Herr Hartemann (SFBB)
- Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich UMA ("Profis für die Praxis")
- Rechtsgutachten von Prof. Dr. Schraper zu den Themen Fehlerkultur und partnerschaftliche Zusammenarbeit von freier und öffentlicher Jugendhilfe vor dem Hintergrund der Vorfälle in der Einrichtung Friesenhof in Schleswig-Holstein: Es wird verabredet, die Möglichkeit für Handlungsleitlinien zur Krisenintervention durch den UA zu prüfen
- Versorgungsleistungen für UMF
- Überarbeitung der Handlungsempfehlungen des ehemaligen Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) zur Frage von Alternativen zur geschlossenen Unterbringung
- Bericht des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) zum aktuellen Planungsstand des Erziehungshilfetages 2016 in Cottbus
- Bericht zum aktuellen Arbeitsstand der Qualitätsagentur (u.a. zu den Aufgaben, Zielen, Beiratsmitgliedern)

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

### 3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Frau Uhlworm berichtet, dass der Unterausschuss am 01.03.2016 sowie am 26.05.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Jahresbericht SFBB
- Fortbildungsplanung im Jahr 2016

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

## **TOP 4: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG**

### 4.1 Richtlinie „Türöffner – Zukunft Beruf“

Zunächst stellt Frau Wlodarczyk den Anwesenden die Kernpunkte der neuen Richtlinie vor.

Demnach sind die Ziele der Förderung

- die Verbesserung der sozialen und personalen Kompetenzen sowie der Ausbildungsfähigkeit von Auszubildenden in der Berufsschule und Jugendlichen in den Bildungsgängen BFS-G und BFS-G Plus (Dieses Ziel soll insbesondere mit der Durchführung von „OSZ-Projekten“ erreicht werden) sowie
- die Verbesserung der Information über regionale Angebote am Übergang Schule-Beruf für Jugendliche und Betriebe sowie die verstärkte Vernetzung regionaler Bildungs- und Beratungsangebote.

Antragsteller und Zuwendungsempfänger sind grundsätzlich die Landkreise und kreisfreien Städte. Im Rahmen der Richtlinie gibt es zwei Fördergegenstände:

1. Implementierung von Lokalen Koordinierungsstellen (LOK) an OSZ in jedem Landkreis/kreisfreien Stadt. Die Aufgaben der LOK werden in zwei Arbeitspaketen umgesetzt.
2. Projekt zur Betreuung und Unterstützung der lokalen Koordinierungsstellen mit dem Ziel der Sicherstellung von einheitlichen Qualitätsstandards der Arbeit der LOK sowie zur Unterstützung, Vernetzung und Begleitung der LOK.

Die Förderung besteht aus Mitteln des ESF sowie aus Landesmitteln.

Abschließend berichtet Frau Wlodarczyk, dass die Richtlinie zum geplanten Zeitpunkt der Befassung im UA JJJ entgegen der ursprünglichen Planung noch nicht abschließend im MBJS abgestimmt werden konnte. Es wird vereinbart, die Thematik nochmals in der nächsten Sitzung des UA JJJ aufzurufen mit dem Ziel, ein Votum für den Vorstand des LKJA zu erarbeiten.

#### 4.2 Empfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Organisation und Gestaltung von Sozialarbeit an Schulen / Schulsozialarbeit

Herr Friedel erklärt, dass das MBJS, vor dem Hintergrund einer Diskussion zu den in Rede stehenden Empfehlungen in der letzten Sitzung der Jugendamtsleiterinnen und Jugendamtsleiter am 18.05.2016, beschlossen hat, diese nochmals überarbeiten zu wollen. Der UA JJJ hat sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit dem Entwurf der Empfehlungen beschäftigt und ihn verschiedenen Punkten kritisiert.

Herr Friedel erklärt, dass nach der Überarbeitung die zu beteiligenden Verbände und Behörden nochmals um Stellungnahme gebeten werden. Es ist geplant, die überarbeiteten Empfehlungen in der nächsten Sitzung des LKJA wieder auf die TO zu setzen.

Anschließend diskutieren die Anwesenden die Rolle bzw. den Anteil des Systems Schule im Zusammengang mit Sozialarbeit an Schulen/Schulsozialarbeit und kritisieren, dass im Kontext dieser Thematik stets die Ressourcen der Jugendhilfe im Fokus stehen würden.

Frau Schlüter und Frau Petereit verdeutlichen, dass die aktuelle Problemlage durch die Empfehlungen nicht aufgelöst wird. Auf die Frage an die anwesenden Mitglieder des Landtages nach weiterführenden Prozessen erklärt Frau Große, dass es über die im Koalitionsvertrag vorgesehenen 100 Stellen hinaus wahrscheinlich keine Bewegung mehr geben wird.

Herr Isermeyer weist abschließend darauf hin, dass der Beschluss des ehemaligen Landesjugendhilfeausschusses inhaltlich viel weiter gefasst war.

#### 4.3 Richtlinie Jugendfreiwilligendienste

Frau Ebell erläutert, dass der UA JJJ sich mit der in Rede stehenden ESF-Richtlinie, an der mehrere Ressorts der Landesregierung beteiligt waren, beschäftigt habe. Herr Mones erklärt im Folgenden, dass der Vorstand des LKJA dem Votum des UA zur Herstellung des Benehmens gefolgt sei. Eine entsprechende Information an die Geschäftsstelle erging am 09.05.2016. Es wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren der Benehmensherstellung erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem keine Änderungen mehr vorgenommen werden konnten, ohne das Inkrafttreten der Richtlinie unangemessen zu verzögern. Die kurzen Abstimmungsfristen sowie der zu weit fortgeschrittene Arbeitsstand zum Zeitpunkt der Behandlung im UA werden kritisiert.

Es wird verabredet, die Stellungnahme des UA als Anlage dem vorliegenden Protokoll hinzuzufügen.

#### **TOP 5: Vorbereitung der Klausurtagung des LKJA am 04.07.2016**

Zunächst bittet Herr Mones die Anwesenden, sich für die Klausurtagung anzumelden. Folgend wird erklärt, dass die Tagung durch eine externe Moderation begleitet werden soll. Wesentliche inhaltliche Themen der Tagung:

- Verfahren zur Benehmensherstellung durch den LKJA
- Kinder- und Jugendarmut in Brandenburg (Ziel ist die Erarbeitung von Empfehlungen)

## **TOP 6: KitaZOOM Fortführung/ Bericht zu den Handlungsempfehlungen aus dem Projekt**

Frau Stobbe stellt zunächst einen kurzen Film über die Abschlussveranstaltung des Projektes KitaZOOM vor und stellt in Kürze die Handlungsempfehlungen aus dem Projekt vor. Die im Projekt beteiligten Akteure haben alle ihre Bereitschaft zur Fortführung des Dialoges geäußert.

Frau Uhlworm erfragt, ob die Thematik der Eltern-Beitragsfreiheit in Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang mit KitaZOOM eine Rolle gespielt habe, was durch Frau Stobbe verneint wird. Der Fokus habe vielmehr auf der Frage zu Qualitätsentwicklung, -sicherung und -verbesserungen gelegen. Sie weist darauf hin, dass das Thema der Elternbeiträge seit Herbst 2015 in der AG § 17 diskutiert wird, die von der LIGA der Spritzenverbände der freien Wohlfahrtspflege infolge der Kita-Regionalkonferenzen organisiert wurde.

### **6.1. Antrag Fortführung Kita-Dialogforum**

Frau Große stellt kurz den vorliegenden Antrag vor. Darin werden Vorschläge formuliert, wie das Projekt auch weiterhin fortgeführt werden könnte. Wesentlich sei dabei ein gemeinsames Vorgehen mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Es schließt sich eine kurze Diskussion zur Frage an, mit welchen konkreten Parametern man sich in der kommenden Legislaturperiode beschäftigen möchte. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung hervorgehoben.

Frau von Halem erklärt, dass in diesem Zusammenhang keine Moderation durch das MBSJ erfolgen sollte, sondern die kommunalen Spitzenverbände einen Vorschlag formulieren mögen. Frau Petereit schlägt als relevante Themen u.a. den Rechtsanspruch U3, Bundesmittel, Betriebskosten, Landeszuschüsse und die Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Gemeinden vor. Weiterhin werden kleinere Settings zur Bearbeitung angeregt, die ergänzend zum Dialogforum durch Expertisen hinzugezogen werden und somit Berücksichtigung finden sollen. Ferner kündigt Frau Petereit für den Städte- und Gemeindebund eine schriftliche Stellungnahme zu den Empfehlungen aus dem Projekt KitaZOOM an und regt an, dass auch die anderen Akteursgruppen Position beziehen.

**Abschließend wird der geänderte Antrag von den Anwesenden beschlossen (16 Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmen/6 Enthaltungen).**

Herr Mones bittet den UA Kita, dem LKJA zu seiner nächsten Sitzung im September einen Vorschlag zum Format der Dialogrunde vorzulegen, bei der die Anregungen und angesprochenen Setting-Aspekte (Teilnehmer, Moderation, Arbeitsweise etc.) Berücksichtigung finden.

#### **TOP 7: Aktueller Stand Kita-MBAV**

Frau Stobbe berichtet über den aktuellen Erarbeitungsstand der Kita-MBAV. Dabei handelt es sich um die Umsetzung des § 16a Abs. 2 Kita-G. Es wurden verschiedene Aspekte und Hinweise aus den Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände eingearbeitet (Erhöhung des Verwaltungskostenausgleichs, Revisionsklausel zur Überprüfung der Wirksamkeit ab 2018). Eine Verabschiedung Verordnung wird für den Sommer 2016 erwartet.

Folgend kritisieren Vertreterinnen der kommunalen Spitzenverbände im LKJA die Überarbeitung. Wesentlicher Kritikpunkt ist die nicht adäquate Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips. Herr Hilliger erklärt daraufhin, dass man sich u.a. mit dem Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) zu dieser Frage abgestimmt habe. Eine sachgerechtere Umsetzung sei nicht möglich. Der Sorgfaltspflicht sei man nachgekommen.

#### **TOP 8: Situation Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)**

Herr Liesegang berichtet zu folgenden Schwerpunkten:

- Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Brandenburg: derzeit 1.466 UMF, Tendenz steigt wieder an
- Verteilung durch das Land Berlin nach Brandenburg: aktuell sind 18 Jugendliche aus Berlin nach Brandenburg verteilt worden
- Abstimmung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg, 1.000 Flüchtlinge in Wünsdorf, unterzubringen. Unter diesen Personen befinden sich keine UMF
- 1. Fachtag zum Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im SFBB am 30.05.2016
- Auftaktveranstaltung zum Projekt "Bara'em - IsraAID hilft unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" am 09.05.2016. Es wird verabredet, dieses Projekt in der nächsten Sitzung des LKJA genauer vorzustellen.



Folgend erfragt Frau Engeln, ob es genauere Daten zu (begleiteten) Flüchtlingskindern mit Anspruch auf Kindertagesbetreuung sowie schulpflichtigen Kindern gibt. Es wird verabredet, die Thematik der begleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der nächsten Sitzung des LKJA aufzurufen.

#### **TOP 9: Funktionalreform – Auswirkung auf die Kita- und Heimaufsicht**

Herr Hilliger berichtet über den Beschluss einer Stellungnahme des parlamentarischen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 am 14.04.2016. Darin wird im Vorfeld der Entscheidung bezogen auf strukturelle Übertragungen die Notwendigkeit einer vertieften inhaltlichen und fiskalischen Prüfung durch den ABJS erklärt.

#### **TOP 10: Novellierung SGB VIII**

Herr Hilliger berichtet, dass ein entsprechender Referentenentwurf voraussichtlich im Juli 2016 vorliegen wird. Es wird verabredet, diesen Entwurf dem LKJA zusammen mit der Stellungnahme der Landesregierung zuzuleiten.

Wesentliche Themen der SGB VIII-Novelle sind:

- Inklusive Lösung
- Sozialräumliche Ausrichtung der Hilfen zur Erziehung
- Bereich der Pflegekinder

#### **TOP 11: Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) Fortbildungsplanung/ Jahresbericht 2015**

Frau Lersch, Leiterin des SFBB, berichtet, dass der Jahresbericht des SFBB ist im UA JJQ vorgelegt und erörtert worden ist. Die Ergebnisse mit ca. 1.900 Veranstaltungen, ca. 27.000 Teilnahmen und ca. 42.000 Teilnahmetagen liegen mit geringen Schwankungen im Rahmen der Langzeitreihen von 2008 bis 2015. Die Auswertung des Jahres 2015 fließt in die Fortbildungsplanung für 2017 ein. Besonders nachgefragt sind im Bereich der Jugendarbeit Themen zu Jugendkultur und Medien, zur den Aspekten Gewalt-, Sucht- und Konfliktprävention in der Jugendsozialarbeit und zur Sicherung der Qualität in Jugendeinrichtungen. In die Kindertagesbetreuung sind die Themen zum Bildungsauftrag und den Bildungsprozessen, zum gesunden Aufwachsen, zur Inklusion, der Elternarbeit und zum präventiven Kinderschutz nachgefragt, ebenso die Praxisberatung auch für Hort und Tagespflege. Im Bereich der Erziehungshilfe stehen die Kinderschutzthemen im Mittelpunkt,

die Zusammenarbeit im Familienkonflikt, Umgang mit den „Schwierigen“ und Careleavern, häusliche Gewalt und die Themen zu Flucht, Migration und Asyl.

Für die Planung 2017 liegen die Rückmeldungen der Unterausschüsse, von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe vor, die ergänzt sind durch Teilnehmer – und Dozentenevaluationen. Auffallend sind die Bedarfe, die sich aus der aktuellen Flucht / Migrationsbewegung ergeben. Genannte Themen sind z.B. Rechtspopulismus, gruppenbezogene Fremdenfeindlichkeit, Demokratie- und Beteiligungsthemen, rechtliche Themen zu Asyl und Aufenthalt, Traumatisierungen, Gewaltprävention. Für den Bereich Kindertagesbetreuung wird auf „Aufarbeitung“ der „schwarzen Pädagogik“ durch unangemessene erzieherische Mittel hingewiesen, Beratungsbedarf bei präventivem Kinderschutz, Unterstützung von Quereinstieg und Leitung. Ansonsten haben die Themen aus den „Grundsätzen elementarer Bildung“ nach wie vor einen hohen Stellenwert. Die Erziehungshilfen benennen die Themen Clearingverfahren, Systemsprenger, Migrationsrecht, Vorurteilsbearbeitung, interkulturelle Kompetenz und Kultursensibilität. Die Bedarfsmeldungen richten sich auf die pädagogischen Themen aller sozialpädagogischen Berufsgruppen, auf den Weiterbildungsbedarf im Bereich Quereinstieg Kita und ASD Berufseinstieg, auf Basisqualifikationen für den beruflichen Alltag. Tagungen, die auch zur Strukturbildung beitragen, werden in Kooperation mit Trägern, Verbänden, dem MBSJ und vielen Partnern aus dem LKJA geplant.

Die Umsetzung der Bedarfsmeldungen in die Programmentwicklung hat begonnen und wird bis September abgeschlossen. Danach erfolgt die Abstimmung im MBSJ, mit der Veröffentlichung (online) ist Ende Oktober zu rechnen. Die Druckfassung erscheint i. d. R. Ende November.

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

#### **TOP 12: Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative“**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird verabredet, den TOP auf die nächste Sitzung des LKJA m 26.09.2016 zu vertagen.

#### **TOP 13: Bericht der obersten Landesjugendbehörde**

Herr Hilliger berichtet den Anwesenden zu folgenden Themen:

- Beschluss des Landtages Brandenburg "Konsequenzen aus der Haasenburg: Kinderschutz gewähren"

- Beschluss des Landtages Brandenburg "Mehr Transparenz bei Kita-Beiträgen": Bekenntnis zur kommunale Selbstverwaltung; Ankündigung einer öffentlichen Anhörung (im September), Erarbeitung einer Orientierungshilfe auf der Grundlage eines Dialogs zwischen Trägern und kommunalen Spitzenverbänden.
- Handreichung von RA Dr. Christoph Baum "Grundsätze zur Höhe und Staffelung der Elternbeiträge"
- Verwaltungsvorschrift für die Einrichtungsaufsichtsführung gemäß §§ 45 ff. SGB VIII
- Konstituierende Sitzung der Schiedsstelle gemäß § 78 g SGB VIII am 14.06.2016
- Untersuchung zum Thema "Zwangsadoption in der DDR"
- Konzept "Netzwerk Gesunde Kinder": derzeit im Landtag; es ist vorgesehen, im kommenden Jahr zusätzliche Mittel von etwa 1 Mio. Euro bereit zu stellen
- Beschluss von Handlungsleitlinien für Kinderschutzkonzepte zur Prävention und Intervention in Kindertageseinrichtungen durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Die Federführung lag beim Land Brandenburg.  
(--> [www.mbjs.brandenburg.de/kita-startseite.htm](http://www.mbjs.brandenburg.de/kita-startseite.htm))
- Weitere Themen der BAG Landesjugendämter: grenzüberschreitende Unterbringung, Abstimmung der Landesverteilstellen

#### **TOP 14: Verschiedenes**

Herr Mones weist die Anwesenden auf den im Jahr 2017 stattfindenden 3. Kongress der Jugendarbeit hin. Es wird verabredet, den genauen Termin im vorliegenden Protokoll zu vermerken.

**Hinweis der Geschäftsstelle:** Der Kongress wird am 09. und 10.11.2017 stattfinden.

Herr Mones schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

#### Übersicht über verabredete Themen für die nächste Sitzung des LKJA am 26.09.2016:

- Diskussion zu den überarbeiteten Empfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Organisation und Gestaltung von Sozialarbeit an Schulen/Schulsozialarbeit.
- Weiterführung KitaZOOM: Diskussion des Vorschlags des UA Kita zum Format der Dialogrunde
- Vorstellung Projekt "Bara'em – IsraAID hilft unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen"
- (begleitete) minderjährige Flüchtlinge
- Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative“

gez. Bernd Mones  
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave  
Protokollführer/-in

**Anlagen:**

1. Votum des UA JJJ zur Richtlinie Jugendfreiwilligendienste
2. Beschluss Fortführung KitaZOOM